

Presse" und die "Kreuzzeitung" beurtheilt Francis Charmes die Kaiserbegegnung in einem Artikel des "Journal des Debats". Er schließt: "Wir haben aus dem Besuch des Kaisers in Paris keine überschwänglichen Folgerungen abgeleitet, und dieses Verhalten ermöglicht uns, überhaupt keinen Schluss daraus zu ziehen und aufrichtig zu glauben, daß aus dem Besuch des Kaisers Wilhelm, den der Zar in Darmstadt empfangen hat und zweifellos erwiedert wird, ebenfalls kein Schluss zu ziehen ist."

Karlsruhe, 22. Okt. Unter dem Vorstand des Ministers des Innern beschäftigte sich heute zum ersten Mal der badische Gewerberath in vierstündiger Berathung mit der Frage der Organisation des Handwerks. Man kam zu der Erklärung, daß dem neuen Gesetzentwurf gegenüber an dem badischen Gesetzentwurf vom Jahre 1892 über die Gewerbekammern festzuhalten sei und daß die Zwangsinnumen zu verwerfen seien, dagegen die Einführung von Handwerker- und Gewerbekammern sowie die obligatorische Lehrungsprüfung zu befürworten sei.

Frankreich.

Amiens, 23. Okt. Das Schwurgericht sprach unter stürmischem Beifall des Publikums die Schankwirthin Drueug, welche 1887 in Rouen wegen Giftmordes an ihrem Gatten und ihren Kindern zu lebenslänglichem Zuchthause verurtheilt war, frei; es hatte Einahmung von Kohlenoxydgas vorgelegen. Der Gerichtshof verfügte Veröffentlichung des Urteils und 40 000 Francs Entschädigung.

England.

London, 23. Okt. Der hiesigen chinesischen Gesellschaft ist es gelungen, eines chinesischen Arzteshaft zu werden und ihn in ihrem Gebäude gefangen zu halten, der an einem Complot zum Sturze der chinesischen Dynastie beteiligt war. Das Complot war entdeckt und 15 Verschwörer waren enthauptet worden; der Arzt entkam nach Amerika und ging von da nach London. Als derselbe gar zu sicher geworden war, stellte er sich eines Tages auf der Gesandtschaft ein, wo er seit 7 Tagen gefangen ist.

Birmingham, 23. Okt. Gelegentlich der Preisverteilung im technischen Arbeiter-Institut führte Goschen aus, die fremden Nationen hätten keine Kenntnis von dem wahren englischen Charakter, auch die gebildeten Deutschen nicht. Wenn für die humanitäre Bewegung zu Gunsten der Armenien auf dem Continent kein Echo empfunden werde, so sei die vorsichtige Haltung Deutschlands und Frankreichs den Erfahrungen des letzten Krieges zuzuschreiben, deren Erinnerungen und Wirkungen auf den nationalen Charakter in 20 Jahren nicht verwischbar seien; es sei kein wirkliches europäisches Concert möglich, so lange nicht das internationale Dorurtheil durch den Geist größerer Toleranz besiegelt werde. Chamberlain unterstützte Goschen und verurtheilte die pessimistische Aeußerung über den Handel, die Vertheidigungsmittel und Hilfsquellen Englands, welche nur geeignet seien, das Ausland glauben zu machen. England sei im Niedergang begriffen. England besitzt genug Macht und Freiheit des Handels, seine Stellung gegen alle Mitbewerber zu halten.

Coloniales.

* Die Stadt Dongola wird jetzt wieder aufgebaut. Oberst Hunter bleibt im Befehl über die Grenze von Akash bis Merawi. Der Oberst wird sein Hauptquartier in Dongola haben. In der Provinz Dongola bleibt das Kriegsrecht bestehen. Dem Obersten werden keine Civillbehörden zur Seite stehen. Eine schwierige Aufgabe wird das Ausschreiben der Steuern sein. Es besteht die Absicht, Dongola zu einem Mittelpunkt des Handelsverkehrs zu machen. Die Karawanen werden von Darfur und Kordofan Gummi, Goldstaub und Elfenben bringen und gegen englische Industriewaren, namentlich Manchester-Waren, austauschen. So hofft man wenigstens. Auf diese Weise würden die Händler die Abgaben und die Zölle des Khalifen vermeiden. In Bälde wird ein regelmäßiger Schiffahrts- und Eisenbahnverkehr hergestellt sein.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 23. Oktober. Wetterausichten für Sonnabend, 24. Okt., und zwar für das nordöstliche Deutschland: Milde, wolzig, vielfach Regen, windig.

* Zur Stadtverordnetenwahl. In einer vom Bürgerverein berussten vertraulichen Versammlung, welche gestern Abend in einem Lokale auf Schüttelmann stattfand, wurden als Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl im weiteren Wahlbezirk der 3. Wälder-Abtheilung die Herren Georg Fischer-Neufahrwasser und Buchhändler Dr. Lehmann — erster einstimmig, letzterer mit 117 gegen 3 Stimmen — aufgestellt. Die Wiederwahl des Herrn Stadtv. Fischer wird bekanntlich auch von einer großen Vereinigung hiesiger Bürger, deren Candidatenliste vorgestern mitgetheilt ist, empfohlen, während diese für das durch den Rücktritt des greisen Herrn Schmitt erledigte Mandat Herrn Juvelier Richter zur Neuwahl vorschlägt.

* Friedrich Wilhelm-Schützenbruderschaft. In der gestern Abend abgehaltenen Generalversammlung wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Directors Schuhler der Obermeister der Fleischerinnung Herr Ad. Illmann zum ersten Vorsteher gewählt. Ferner wurde beschlossen, das diesjährige Martinssfest am Mittwoch, den 11. November, zu veranstalten.

* Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Vorsitzende des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt der Provinz Westpreußen, Herr Landeshauptmann Jäckel, hat den Gesamtvorstand zu einer Sitzung am Montag, 2. November, berufen. Von den Gegenständen der Tagesordnung ist der Geschäftsbericht der Anstalt für das Jahr 1895 hervorzuheben, welcher zur Feststellung gelangen wird. Die Sitzung findet in dem Geschäftsbau der Anstalt (Neugarten Nr. 2) statt.

* Neue Trinkhalle. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hatte, wie wir i. J. berichtet haben, Herr Stadtv. Wig an den Magistrat die Anfrage gestellt, ob ihm etwas davon bekannt sei, daß die Gelterwasserbude am Hohenthor in die Nähe des Olivaerthors versetzt werden solle. Der Herr Erste Bürgermeister

Delbrück erklärte sich damals bereit dazu, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten. Wir können heute schon mittheilen, daß eine Verlegung der Bude vom Hohenthor nicht beabsichtigt wird. Der Inhaber der Bude, Herr Chosch, hat mit der Eisenbahn-Berwaltung einen Vertrag abgeschlossen, in welchem ihm ein Streifen Land zur Aufstellung einer Trinkhalle vermietet wird, außerdem sind ihm an beiden Seiten der Bude zwei weitere Streifen, welche je 2 Meter lang und 3,50 Meter breit sind, zu gärtnerischen Anlagen überlassen worden. Auf dem bereits fertiggestellten Fundamente wird eine neue Trinkhalle nach einem von der Aufsichtsbehörde bereits genehmigten Entwurf des Hrn. Zimmer- und Maurermeisters Jen errichtet werden. Nach diesem Entwurf wird sich die Trinkhalle als ein hübsches, geschmackvolles Bauwerk präsentieren, welches mit seinen Gartenanlagen dem freien Platze vor dem Directorialgebäude gewiß zur Zierte gereichen wird. Die Besürftung, daß die unökologische grüne Baracke am Hohenthor an einer anderen Stelle ihr Dasein weiter fristen würde, ist demnach unbegründet.

* Berathungen über Bernsteinverwertung.

Aus Anlaß der stattgefundenen Erörterungen im Abgeordnetenhaus über die Verwertung und Verwaltung des Bernsteinregals in den Provinzen Ost- und Westpreußen und zu gleichzeitiger Erörterung bezw. Prüfung der jüngst gegen die Staatsregierung erhobenen Anseufungen hatte sich eine aus Vertretern der Ministerien für Handel und für Landwirtschaft, und war den Herren Geh. Ober-Regerungsrath Tschlaff, Regerungs-Assessor v. Bartsch, sowie den Herren Ober-Regerungsrath Knispel aus Gumbinnen, Ober-Regerungsrath Caspar, Regerungs- und Gewerberath Gack, Regerungs-Assessor Aleinschmidt aus Königsberg und königl. Gewerbe-Inspector Franz aus Köslin bestehende Commission unter Zusichtung von Bernsteinfabrikanten und Bernsteinindustrielern zu einer Versammlung in Königsberg vereinigt, um darüber zu berathen, ob und welche neuen Maßnahmen behufs Verwertung und Verwaltung des Bernsteinregals zu ergreifen sind. Die obengenannten Herren begaben sich alsdann nach Danzig, wo sie in Scheerbars Hotel Wohnung nahmen. Hier fand unter Zusichtung der Vertreter der hiesigen Regierung, der Herren Gewerberäthe der Provinz und ebenfalls hiesigen Bernsteinfabrikanten und Bernsteinindustrielern eine Sitzung im Saale der hiesigen Regierung statt, um dieselbe Angelegenheit eingehend zu prüfen. Heute führen die Herren wieder nach ihren Heimathsorten zurück.

* Werftbesichtigung. Die beiden englischen Capitänlieutenants, welche kürzlich hier waren, um die kaiserliche und die Schichau'sche Werft zu besichtigen, haben Danzig wieder verlassen und sich nach Elbing zur Besichtigung der dortigen Schichau'schen Werft und nach Stettin zur Besichtigung des „Vulkan“ begeben.

* Prähistorische Funde. Herr Oberpräsident v. Götzler hat sich heute Vormittag nach Baumgarth bei Christburg begeben, um dort die prähistorischen Funde, die Moorbrücke etc. in Augenschein zu nehmen.

* Gewerbeverein. Die gestrige Versammlung wurde von Herrn Fehrmann mit dem Hinweis auf die Gewerbegezegung der letzten Jahrzehnte eröffnet. Den Innungen, um welche sich das Hauptinteresse drehte, gehörte trotz der Privilegien, welche ihnen die Novellen von 1881—1887 gewährten, nur etwa ein Zehntel der Handwerker an. Die anderen neun Zehntel seien bisher noch zu wenig zu Worte gekommen. Der Vorstand habe nun geglaubt, daß der Gewerbeverein die richtige Stelle sei, um die Meinungen über den Gesetzentwurf auszutauschen. Es sei deshalb an das langjährige Mitglied des Vereins Herrn Reichstagsabgeordneten Richter die Bitte gerichtet worden, er möge das einleitende Referat halten. — Herr Richter dankt zunächst dem Vorstand dafür, daß er diese Tagesfrage zur Befragung stelle. Der Gewerbeverein sei in früheren Jahren der Sammelpunkt für viele bürgerliche Kreise unserer Stadt gewesen, in seinen Räumen sei manches gerade für die Handwerker nützliche Werk — er erinnere nur an den Vorwörterverein — zu Stande gekommen. Leider zeige sich zur Zeit eine zu große Gleichgültigkeit im öffentlichen Leben in weiten Kreisen. Mit einer unheimlichen Geschwindigkeit würden wichtige gefeierbare Aenderungen getroffen — das Volk, abgesehen von der Socialdemokratie, schweige. Erst wenn die Leute die Wirkung am eigenen Leibe spürten, dann werde gefehrt; aber zu spät. Darum sei es besser vorher zu bedenken und vorher zu sprechen. Es sei dankenswerth, daß die Regierung den Gesetzentwurf über die Zwangsinnumen bereits Anfang August veröffentlicht habe. Diejenigen, die es angehe, seien jetzt auch verpflichtet, sich darum zu kümmern, es scheine aber, daß auch in Handwerkerkreisen nicht das lebendige Interesse zu finden sei, welches die Sache erfordere. Er hoffe, daß wenigstens in nächster Zeit auch in unserer Stadt das Interesse für die wichtige Sache reger werden und die öffentliche Meinung zum Ausdruck in weiteren Kreisen kommen werde. Das sei um so nöthiger, weil in den oberen Kreisen bedenkliche Schwankungen in den Ansichten über die Gewerbeschäden herrsche. Auch der Regierung liege viel daran, die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Redner legt nur dar, wie früher — noch 1881 — die Conservativen im Reichstage die Zwangsinnumung zurückgewiesen und wie Minister von Bötticher noch am 24. November 1891 Zwangsinnumung und Befähigungs-Nachweis für „fast unmöglich“ erklärt habe. Dagegen habe sich Fürst Bismarck noch im April v. J. zu einer Deputation in unzweideutiger Weise gegen Zwangsinnumen ausgesprochen. Wie es möglich, daß es dennoch zu der Vorlage gekommen sei, werde später einmal klar werden. Die Vorlage lehne allerdings den Befähigungs-Nachweis milde ab, doch seien die Anhänger der Zwangsinnumung, und nach den bisherigen Erfahrungen wohl nicht mit Unrecht, der Meinung, daß der Befähigungs-Nachweis schon kommen werde als Consequenz der Zwangsinnumung. Die Liberalen würden in gehässiger Weise angegriffen, als ob sie „Feinde des Handwerks“ seien. Weshalb? Welches Interesse hätten wir wohl daran, unseren Bürgern, die Handwerker sind, nicht ein gutes Fortkommen und Gediehen zu wünschen? Er habe früher als Stadtrath immer als Magistratsbeisitzer bei zwei hiesigen Innungen, insbesondere der Fleischerinnung, mit dem größten Interesse die Törtschritte dieser kräftigen, aus sich selbst schaffenden Innungen verfolgt. Er sei ein entschiedener Freund der Innungen und aller zum Wohl der Handwerker dienenden, damit verbundenen Einrichtungen, aber den Beitragszwang halte er gerade für das Handwerk für verhängnisvoll. Dieser Meinung seien auch viele Innungsmeister, die doch gewiß nicht Feinde des Handwerks seien. Gerade das, was dem Handwerk noth thue, der gemeinsame Betrieb und die Genossenschaft, welche dem Handwerk die Konkurrenz gegenüber dem Großbetrieb ermöglichte, vernichtete die Zwangsinnumung. Wenn ein Handwerk nicht aus eigener Kraft eine lebensfähige Innung bilden könnte, dann

sei es verloren, daran könne auch die Zwangsinnumung nichts ändern. Die hiesige Fleischerinnung u. a. zeige, was ein tüchtiges Handwerk leisten könne. Wo gäbe es Zwangsinnumen? Nur in Österreich, und dessen Beispiel sollte für uns abschreckend wirken. — Redner geht nun auf die Bestimmungen des Gesetzentwurzes näher ein. Es seien in demselben 98 Berufszweige zur Zwangsinnumung bestimmt worden, doch steht dem Bundesrath später das Recht zu, noch andere Berufe unter das Gesetz zu stellen. Mit Recht hätten daher z. B. die Fuhrherren und Gastwirthe, die in freien Innungen organisiert seien, gegen eine Zwangsinnumung protestiert. Über die Bildung, Abgrenzung der Innungen wie überhaupt über eine Reihe anderer Dinge habe die Regierung zu entscheiden. Was Fabrik, was Handwerk, sei unbestimmt. Doch steht der Reim in einer Menge von Streitigkeiten. Die örtliche Abgrenzung der Innungen werde große Schwierigkeiten machen, nicht in den großen Städten, aber auf dem Lande. Unter Zugrundelegung der Sitzproben von 1894 beständen ca. 1½ Millionen selbständige Handwerker und ebenso viel Gesellen und Gehilfen. Von den selbständigen Handwerkern arbeiteten mehr als die Hälfte allein ohne jede Hilfskraft. Weshalb sollten nun diese kleinen Meister zu den Ausgaben für Lehrlingswesen, Herbergen und Arbeitsvermittlung herangezogen werden? Wenn eine Innung lebensfähig sei, so müsse sie doch wenigstens 30 Mitglieder zählen. Wenn das geschehe, so würden selbst nach den Motiven der Regierungsvorlage nur etwa die Hälfte der Meister in Fachingen vereinigt werden können und diese würden über eine große Fläche zerstreut sein, so daß ein kräftiges Innungsladen nicht möglich. Ganz besonders die Handwerker auf dem Lande und die kleinen Meister in den Städten würden zwar neue Lasten aber keine Vorteile von den Zwangsinnumen haben. Der ganze Aufbau (Innung, Handwerksausschuß, in dem der Staatskommissar die Hauptrolle spielt, Handwerkskammer) sei zu complicit, überall obrigkeitliche Bevormundung. Auch Gejellen-Ausschüsse seien in der Vorlage vorgesehen. Die Rechte derselben hätten dem Handwerkerlage nicht gefallen. Redner geht alsdann die Zwecke durch, für welche die Zwangsinnumen bestimmt seien und hebt hervor, daß alle diese Dinge ebenso gut und billiger für die Handwerker auf anderem Wege erreicht werden könnten, insbesondere Krankenhäuser, Herbergen, Arbeitsvermittlung, Fach- und Fortbildungsschulen. Die Zwangsinnumung schaffe einen kostspieligen Apparat, viel Schreiberei und auch eine Last für die Commune durch die Zwangsbeteiligung der Beiträge. In Berlin seien schon seit einer Innung 1894 zwischen 3- und 4000 Zwangsvollstreckungen vollzogen. Unbillig sei es auch, die Gejellen für diese Zwangseinrichtungen zu Beiträgen heranzuziehen. Freunde der Innungen, wie Huber, hätten diese gewarnt, sie sollten sich vor denen hüten, die man ihnen aufzwinge. Wie die Socialdemokraten in den Gewerberäthen, z. B. in Berlin, die Oberhand bekommen habe, so sei zu befürchten, daß sie auch bei den Zwangsinnumen das Heft in die Hand bekommen würden, besonders in den Gejellenausschüssen. Als vor beinahe hundert Jahren Preußen auch wirtschaftlich schwer darunterlag, haben erleuchtete Staatsmänner freie Bahn für die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Das Gesetz von 1810 legte den Grund zu seiner freien Entwicklung der Kräfte auch im Gewerbe, der wie die heutige Stellung Preußens und Deutschlands mit verdanken. Es wäre eigentlich, daß man um die heutigen Leiden des Handwerks zu beseitigen, zu einem Mittel greifen wollte, das gerade im vorigen Jahrhundert die wirtschaftlichen Leiden des Handwerks herbeigeführt hat. Die Regierung hat mit der Veröffentlichung der Vorlage eine Frage an das Volk, insbesondere an das Handwerk gerichtet. Diejenigen, die jetzt schweigen, tragen die Verantwortung, wenn es nachher anders kommt als sie wünschen. Redner schloß unter dem Beifall der Versammlung mit dem Wunsche, daß eine ernste, ruhige und sachliche Discussion stattfinden möge. Er stellte sich gern, um zu hören und sich zu beitreten, auch für die folgenden Abende zur Verfügung.

Bei der Discussion erklärte Herr Zimmermeister Herzog sich als ein Freund der Vorlage. Durch dieselbe würde nur das in seite Formen gebracht, was die Zusätze I—III zu der Gewerbeordnung in den Jahren 1883 und 1887 schon bestimmt hätten. Die Vorlage sei deshalb gekommen, weil man eingesehen habe, daß es mit den freien Innungen nicht mehr gehe, denn viele Leute, die von denselben große Vortheile ziehen, wollten nichts zu den Kosten beitragen. Wo nun von den Innungen eingeräumten Privilegien Gebrauch gemacht werden sei, da würden sich die heute außerhalb der Innung stehenden Handwerker bei Einführung der Zwangsinnumen besser stehen. Was die Handwerkerausschüsse betreffe, so beständen schon heute Innungsausschüsse, deren Sitzungen ein Regierungscommission beiwohne. Hier in Danzig könne man mit diesen Herren sehr zufrieden sein, sie hätten den Innungen viel genützt. Mit den Regierungscommissionen werde es in der Praxis gar nicht so schlimm werden und schließlich sei doch in den Motiven vorgesehen, daß sie allmählich durch Männer der Praxis erzeigt werden sollen, wie das in Desterreich bereits geschehen sei. Der Redner ging dann auf die österreichischen Verhältnisse näher ein und hob hervor, daß nach den ihm gewordenen Informationen der Befähigungs-Nachweis allerdings ein wunder Punkt der Organisation sei, daß dagegen das Genossenschaftswesen sich sehr gut bewährt habe. Er stimme mit dem Herrn Referenten darin überein, daß es nur von Nutzen sein könne, wenn über dieselbe eine Ausprache bedächtiger Männer stattfinde und begrüßte freudig den Vorschlag, an einem anderen Tage in der Befragung fortzufahren.

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß auch der Befähigungs-Nachweis in der Debatte erörtert werden könnte und müsse, begründete hr. Kapitaki den Standpunkt der socialdemokratischen Partei. Er erwiderte, daß dagegen das Genossenschaftswesen sehr gut bewährt habe. Er stimme mit dem Herrn Referenten darin überein, daß es nur von Nutzen sein könne, wenn über dieselbe eine Ausprache bedächtiger Männer stattfinde und begrüßte freudig den Vorschlag, an einem anderen Tage in der Befragung fortzufahren.

Nach einer kurzen Replik des Herrn Richter, in welcher er erklärte, er begreife nicht, weshalb der Vorstand auf ihn so böse sei, da er ja mit seinen Ausführungen einverstanden sei, habe er es etwa absehn, daß die Innungen in dem Referenten überein sein, daß es notwendig sei, den Gesetzentwurf in weiteren Ver-

ammlungen gründlich zu erörtern.

Nach einer kurzen Replik des Herrn Richter, in welcher er erklärte, er begreife nicht, weshalb der Vorstand auf ihn so böse sei, da er ja mit seinen Ausführungen einverstanden sei, habe er es etwa absehn, daß die Innungen in dem Referenten überein sein, daß es notwendig sei, den Gesetzentwurf in weiteren Ver-

ammlungen gründlich zu erörtern.

Herr Malermeister Chlert die Hoffnung aus, der heutige Abend werde dazu beitragen, daß die Handwerker zu der für sie so wichtigen Frage Stellung nehmen und am nächsten Donnerstag recht zahlreich hier erscheinen werden.

Herr Glasermeister Sablewski steht auf dem Boden der Gewerbefreiheit und ist für freie Innungen. Denselben werde genug geleistet, er wolle hier nur auf die große Glasveripherung hinweisen, die der Innungsverband der Glaser gegründet habe und die für so viele seiner Kollegen von großem Nutzen gewesen sei. Neun Zehntel der Handwerker hätten keine Ahnung von der Tragweite der Vorlage. Er habe mit mehreren seiner Kollegen gesprochen und habe sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Zwangsinnumung ihnen Elemente zuführen werde, die sie bis jetzt fern gehalten hätten. Die Beiträge zu der freien Innung seien bis jetzt niedrig gewesen, das werde sich, wie die Berufsgenossenschaften beweisen, bald ändern, wenn der Bureaucratismus auch in den Innungen überhand nehme. Was die Zwangsinnumen auf dem Gebiete der Ausbildung des Lehrlingswesens leisten werde, könne auch die freie Innung leisten, jedenfalls würden die Zwangsinnumen den Hand-

werkern recht viel Aufsicht, recht viel Schreiberei und recht wenig Nutzen bringen.

Nachdem Herr Herzog nach gebeten hatte, System a. die Discussion zu bringen und zunächst eine Generaldebatte, dann Specialdebatte vorzunehmen, wurde beschlossen, die Discussion am nächsten Donnerstag fortzusetzen und die Versammlung dann geschlossen.

* Innungs-Kusschuss. Gestern Abend fand im Stadtverordnetensaal des Rathauses eine Versammlung der Obermeister und Innungs-Abgeordneten, Altgesellen und Gesellenvertreter statt. Der Vorsitzende, Herr Herzog, eröffnete dieselbe, indem er zunächst den als Vertreter des Herrn Regierungs-Präsidenten erschienenen Herrn Regierungs-Assessor von Steinmann begrüßte und den Vertretern der Innungen und Gesellenbrüderchaften vorstellte. Herr Herzog erstattete dann Bericht über die Thätigkeit des Ferien-Ausschusses; nach demselben hat dieser sich mit folgenden Angelegenheiten beschäftigt: 1. Gründung von Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften bei der hiesigen Schuhmacher-, Tapezier-, Korbmacher-, Schneider- und Tischler-Innung; 2. Reise der Gejellen zum Besuch der Graudenzer Ausstellung auf Kosten der Stadt; 3. Organisation des herbergewesens und Errichtung von Arbeitsnachweisen bei den Innungen; 4. Verleihung der Vorrechte an die Schlosser- und Fleischer-Innung. Außerdem sind noch mehrere Streitjachten etc. in den Innungen verhandelt und erledigt worden. Im Anschluß hieran gedachte der Herr Vorsitzende des von hier nach Westfalen versehenden Herrn Regierungs-Assessor Büchting, welcher sich um das hiesige Innungswesen viele Verdienste erworben hat, sowie des in den Ruhestand getretenen Herrn Stadtcommandanten Generals v. Tresckow, welcher den Innungen und Gemeinden vielfaches Wohlwollen bewiesen hat. Das Programm für das kommende Winterhalbjahr wurde wie folgt festgesetzt: Es sollen 2 Hauptversammlungen, 4 Innungsausschüsse, 3 Gejellen-Vertreter-Versammlungen, 5 Vorstandssitzungen, 4 Commissionsitzungen, 1 Ferienausschüsse und 5 Vortrags- und Diskussions-Abendstreffen. Dem Vorstande wird dabei überlassen nach Vereinbarung mit dem Gewerbe-Verein das Nähere zu bestimmen. Folgende Gegenstände kommen zur Verhandlung: 1. Arbeiterversicherungsgesetz (Novelle zum Unfall-Versicherungsgesetz); 2. Unfall-Versicherungs-Vorschriften, Ausbildung im Samariterdienst; 3. Berechtigungen aus § 100 e der Gewerbeordnung; 4. Arbeitsnachweis; 5. Statistik der Gewerbeämtern, Jahressbericht; 6. Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, Vorstandswahl und Verwaltungskosten-Voranschlag; 7. Rechnungsrevision. Für die Vortragsabende wurden folgende vom Ferien-Ausschuß vorgeschlagene Themen festgesetzt: 1. Gewerbe- und Ausbildung (Herr Ingenieur Adler); 2. Gewerbe-Ordnung; 3. Abänderung der Gewerbeordnung; 4. Arbeitsnachweis; 5. Statistik der Gewerbeämtern, Jahressber

längerer Gefängnisstrafe vorurtheilt, die er inzwischen verbüßt hat. — In der Nacht vom 30. Januar d. Js. kam es im Lazareth am Oliwaerth dadurch zu einer Scene, daß drei daselbst untergebrachte Patientinnen in ihrem Nachstütt einen verwegenen Fluchtversuch machten, indem sie sich an einem aus Deckenbezügen versteckten Seile vom Dache herunterließen. Ihre Flucht wurde dadurch entdeckt, daß das Seil, an welchem eine gerade zur Decke herabströmende Wollrich. Die Ausreißerinnen waren, weil sie Beihilfe wegen Sachbeschädigung angeklagt; gestern wurde eine von ihnen zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

* * * Strafkammer. In das Gebiet des häuser-schwinds führte gestern die Verhandlung gegen den früheren Hotelier, jehigen Rentier Solomon Priester und dessen Ehefrau Ernestine aus Berent wegen Betruges und Beihilfe dazu, deren Ausgang wir bereits gestern kurz mitgetheilt haben. Priester, ein sehr vermögender Mann, der jetzt 67 Jahre alt und vor längerer Zeit einmal wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott mit Gefängnis vorbestraft ist, betrieb in Berent ein Hotel unter der Bezeichnung „Priesters hotel“. Dieses Hotelgrundstück lag an der Danziger Straße und grenzte mit seiner Hinterfront an die Ferse, welche Berent durchschließt. Das Haus war nicht alt, es war vor ca. 10 Jahren durch den Bauunternehmer Budzinski erbaut worden. Ende des vorigen Jahres trat P. mit dem Commissarionär Herrn Meyer in Neuborf in Verbindung mit dem Wunsche, er wolle sein Grundstück verkaufen und suchte einen leistungsfähigen Käufer. Einem solchen fand Herr P. in dem Hotelier Niemann und beide fuhren am 27. Oktober d. Js. nach Berent, um das Grundstück zu besichtigen. Sie kamen Nachmittags dort an und stiegen in Priesters Hotel ab. Gleich an demselben Tage, fast schon in der Dämmerzeit wurde über P.'s Leitung eine Besichtigung der Räume vorgenommen und Herrn Niemann gefeiert, diejetzt noch an demselben Abend die Punktion gemacht wurde. Nach derselben betrug der Kaufpreis 51 000 Mk., von denen 15 000 Mk. auf die Immobilien gerechnet wurden. Am 1. November sollte P. 3000 Mk. nach der Auflösung, deren Termin auf den 13. Dezember festgesetzt wurde, 7000 Mk. zahlen; der Rest sollte für Priester hypothekarisch sicher gestellt werden. Am folgenden Morgen fand Niemann bereits wieder ab, doch fieber ihm, wie bereits am Tage vorher, Risse auf, die man außen und innen am Hause bemerkten konnte. Er fragte P. nach dem Ursprung derselben, und dieser antwortete: „Ach, das Haus hat sich im ersten Jahr etwas gesetzt“, so daß A. wieder beruhigt war.

Unterbei verbreitete sich in Berent das Gerücht von dem Kaufgeschäft; man schaute in dem Städtchen über die Geschäftsgewohnheiten des P. ganz eigene Ansichten gehabt zu haben, denn bald gingen A. zum Theil anonyme Briefe und sogar Depeschen zu, deren Inhalt geeignet war, ihn über die Natur des Hauses stichig zu machen. Er erfuhr, daß es im Begriff sei, sich beschwindeln zu lassen, das Haus sei nicht die Hälfte wert, es werde ihm über dem Kopf zusammenstürzen. Vor der Auflösung fuhr er daher noch einmal zu Priester, um ihn zur Rede zu stellen, und gab dem Hausknecht Gruchala den Auftrag, ihm einen vereidigten Sachverständigen zu holen. Die Frau P. sagte dem S. er sollte nur den Budzinski holen, der wisse mit dem Hause am besten Bescheid, er habe es gebaut, und dies geschah auch. Daß dieser Handwerker seine eigene Arbeit nicht besonders tadeln würde, war vorausgesehen, und A. gewann daher aus der ganzen Unterredung die Überzeugung, daß der Bau zwar nicht neu sei, doch man ihm aber die Sache übertrieben habe, zumal P. ihm wiederholte sagte: „Sie können ja zurücktreten.“ Am 13. Dezember war der Auflösungsstermin, Niemann zahlte die festgesetzten Summen und wurde Besitzer des Hotels. Bald sollte er jedoch bemerken, daß die Berenter das Haus ganz richtig fogt hatten; die Blauer war voller Risse, eine Menge derselben waren mit Mörtel überstatisch verklebt und das ständige Plakat des Mauerwerks bewies, daß eine Bewegung namentlich der Mauer, die nach der Ferse zu errichtet worden war, in ständigem Fortschritt begriffen war. Als Herr A. eines Tages eine Hochzeitsgesellschaft bei sich tanzen ließ, geriet er in lebhafte Besprachung, das Haus werde unter den Füßen der Tänzerinnen zusammenkrachen. Und es dauerte auch nicht lange, da kam die Polizeiverwaltung von Berent, ließ zuerst das Haus wegen Baufälligkeit räumen und dann wegen drohender Gefahr des Einsturzes die dritte und zweite Etage abbrennen. Die Anlehnung erregte damals weit über die Grenzen von Berent hinaus Aufsehen; auch wir haben s. J. über die Situation berichtet. Herr Niemann war schwer geschädigt; er erhob gegen P. die Anschuldigung wegen Betruges und strengte die Sachdienstklage gegen ihn an. Die letztere wurde im August d. Js. durch Vergleich erledigt, indem sich P. bereit erklärte, an Herrn A. 24 600 Mk. zu zahlen, so daß dieser heute nicht geschädigt ist. Die Anklage wegen Betruges nahm dann ihren weiteren Fortgang und ist gestern beendet worden.

Der Angeklagte Priester erklärte, daß er von der Baufälligkeit seines Grundstücks keine Ahnung gehabt habe. Der kgl. Baumeister selbst habe die Fundamentfirnis des Hauses geleitet; es sei polizeilich abgenommen worden. Er gab zu, daß sich Risse gezeigt haben, die auch repariert worden seien, und die er Herrn A. als in den letzten Jahren entstanden, bezeichnet habe, doch sei das alles nicht in der Absicht geschehen, befreien zu wollen. In Berent habe man sich allgemein gewundert, daß die Polizei ein solches Haus niederrreissen ließ. Der Frau P. wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie Herrn A. nicht einen vereidigten Sachverständigen, sondern den Budzinski holen ließ; auch sie erklärte, daß das nur durch Zufall geschehen sei. Herr Niemann deponierte, daß er jetzt das Haus ganz niedrigerissen habe und mit genügendem Fundamentierung einen Neubau in etwas vergrößertem Maßstab errichten lasse. Eine etwas eigenhümliche Rolle spielt in der geistigen Verhandlung der Bauunternehmer Budzinski, der Herrn Niemann die ersten Erklärungen gegeben hat. Der Gerichtshof bestätigte ihn schließlich, trotzdem er angab, daß er nicht wisse, wie die Risse in die Hauswände gekommen seien. — Als Sachverständige wurden Herr Maurermeister Oehlkes-Berent und Herr Maurermeister Siegel vernommen. Ersterer gab an, das Haus stehe in moorigem Boden auf Kreuzrosten, die so schlecht ineinander passen, daß sie nachgegeben und das auf ihm ruhende Gemäuer ca. 15 Centimeter aus der horizontalen Lage gebracht hätten. Die einzige Befestigung der Gefahr des Einsturzes habe auf dem Abbruch des Hauses beruht; Herr S. schätzte den dadurch entstandenen Schaden auf 15 400 Mk. Deut wird das Fundament auf Pfahlrosten und Betonstützungen errichtet. Herr Maurermeister Eduard Siegel führte aus, daß er so eine schlechte Arbeit, wie die am alten Priester'schen Hause, noch nie gesehen habe. Schon früher habe er auch den Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß das Haus müsse fallen. Der Angeklagte bestreit, daß diese Gutachten zutreffend seien.

Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfang aufrecht und beantragte gegen P., der sich eines schweren Vertrauensbruchs schuldig gemacht habe, zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Chorverlust und 2000 Mk. Geldstrafe, gegen seine Frau vier Monat Gefängnis. Der Vertheidiger Herr Rechtsanwalt Bielawski suchte nachzuweisen, daß beide Angeklagte eine betrügerische Absicht nicht gehabt hätten. — Nach längerer Berathung verurtheilt der Gerichtshof, wie schon gestern gemeldet, den Angeklagten Priester zu sechs Monaten Gefängnis. Mitberücksichtigt wurden darin gefunden, daß P. ein alter Mann und krank sei — er ist stark asthmatisch — und daß er den Schaden wieder ersetzt habe. Bei der mitangeklagten Ehefrau hat der Gerichtshof eine betrügerische Absicht nicht angenommen.

Wegen Unterschlagung im Amt hatten sich heutz der Besitzer Johann Kreft und der Arbeiter Josef Grzenkowicz, beide aus Ramkau im Kreise Barthaus, zu verantworten. A. war früher Gemeinde-Vorsteher in der genannten Ortschaft und hatte als solcher die Entziehung der Steuern zu besorgen. A. ist kaum des Schreibens kundig; so lange ihm der Lehrer Urski half, waren jedoch seine Kasse und die Amtsgeschäfte stets in Ordnung. Als dieser Beamte jedoch versetzt wurde, scheinen ihm die Geschäfte über den Kopf gewachsen zu sein. Es wurden von der Intendantur des 17. Armeecorps an die Ortschaft Verpflegungsselber für Einquartierung von Husaren gezahlt, und diese Gelder im Betrage von 75 Mk. soll A. unterschlagen haben. Er will die Gelder auf die Steuern verrechnet haben, es scheint jedoch eine ziemliche Verwirrung in seiner Rassenführung geherrscht zu haben, denn ein Theil der Quittungen ist ohne Datum ausgestellt. Außerdem soll er Schulholz für sich verwendet und dem S. zur Verarbeitung gegeben haben. Nach längerer Verhandlung erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung beider, denn er nahm an, daß dem A. die nötige Befähigung zur Bekleidung des Gemeinde-Vorsteheramtes gesetzt habe und daß die festgestellten Unregelmäßigkeiten nicht auf eine strafbare Absicht, sondern auf die Beschränktheit des A. zurückzuführen seien. Der Gerichtshof gab dem Kreft den Rath, sich in der Zukunft nicht mit Ausübung von Ehrenämtern zu beschäftigen.

Polizeibericht für den 23. Oktober. Verhaftet: 13 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 2 Personen wegen Unsugs, 2 Personen wegen Trunkenheit, 6 Obdachlose. — Gefunden: 1 Tizerol, Papier auf den Namen des Druckereihilfen Thaddäus Westhoff, abzuholen aus dem Fundbüro der königl. Polizeidirektion, 6 Bretter, abzuholen vom Arbeiter Stein in der Markthalle.

Aus den Provinzen.

Rosenberg, 21. Okt. In Gr. Brausen wurde kürzlich der Aufhüter Hermann von einem Bullen angegriffen. H., ein hilfloser Krüppel, konnte sich nicht wehren und ist bald darauf seinen Berlebungen erlegen. (R. W. M.)

Königsberg, 21. Okt. Die Direction der Börse halle hat in ihrer gestrigen Sitzung auf Antrag von mehr als 50 ordentlichen Mitgliedern beschlossen, zum 4. Nov. eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen bezüglich Wahl einer Commission zur Berathung von Statutenänderungen.

Der Landwirtschaftsminister hatte von dem Vorstand des ostpreußischen landwirtschaftlichen Centralvereins ein Gutachten darüber erfordert, welche Ansichten man in landwirtschaftlichen Kreisen zu der von den Altesten der Berliner Kaufmannschaft in Vorschlag gebrachten Errichtung eines öffentlichen Lagerhauses für Getreide in Berlin unter finanzieller Verhelfigung des Staates hegt, und ob man sich von dieser Vorschrift für die landwirtschaftlichen Interessen, insbesondere auch für die Preisbildung Vortheile oder Nachtheile verspricht. In seinem Gutachten hat sich der Vorstand des Centralvereins unter eingehender Begründung dahin ausgesprochen, daß zwar die Errichtung eines oder mehrerer mit den neuesten erprobten maschinellen Einrichtungen versehenen Getreidespeicher in Berlin an sich für durchaus zweckentsprechend gehalten werde, wenn nur Vorsorge getroffen wird, daß diese Einrichtungen nicht zu Speculationszwecken gemischaucht werden. Für die ostpreußische Landwirtschaft dagegen seien unmittelbare Vortheile von der geplanten Einrichtung und der Umgestaltung des Berliner Marktes zu einem Centralmarkt für ganz Norddeutschland nicht zu erwarten.

Die „Agsb. Allg. Ztg.“ meldet, daß gegen den Geh. Commerzienrat Moritz Becker seitens des landwirtschaftlichen Ministeriums am 16. Juli er. Strafanzeige gestellt und von der Staatsanwaltschaft zu Königsberg gegen ihn das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Sehr viele Zeugen sind vernommen worden.

Königsberg, 21. Okt. Nachdem die Canalisation des Hinterfackelns nahezu vollendet, wird ein Verbindungskanal von der Gackheimer rechten Straße über den Arresthausplatz gelegt und bei den dazu nötigen ziemlich tiefen Erdausdachungen fand man eine große Menge von menschlichen Gebeinen, die gesammelt wurden, um in gemeiner Erde bestattet zu werden. Auf dem Arresthausplatze stand früher die sogenannte litauische Kirche, deren Umgebung, wie damals üblich, als Begräbnisstätte diente. Die Kirche selbst ist eingegangen und die betreffenden Baulichkeiten sind vom Militärsiscus erworben worden. Bisher sind im ganzen über fünfhundert menschliche Schädel an's Licht gefördert worden. Zur vorläufigen Beherrschung derselben wurde ein großes Viech umjänt werden; bis heute Mittag war dasselbe bereits bis zum Rande mit menschlichen Gebeinen angefüllt. Einige der Schädel sind noch recht gut erhalten, die meisten aber zerbrochen beim Herausbringen.

Bermischtes.

Zur Ermordung Levy.

Der durch Große als Mörder des Justizrats Levy bezeichnete Schreiber Werner ist bis jetzt, trotzdem 180 Criminalesbeamte an der Suche nach ihm sind, noch nicht aufgefunden worden. Für das Verhältnis zwischen Werner und dem verhafteten Große und zugleich für den Charakter des Werner ist ein Vorgang bezeichnend, der sich dem „Lok-Anz.“ zufolge im Laufe des Sommers abgespielt hat. Werner übte einen großen Einfluß auf den wenig intelligenten Große aus. Dessen Angehörige sahen den Verkehr zwischen beiden nicht gern. In energerischer Weise gingen sie jedoch erst vor, als ihnen zu Ohren kam, daß Werner die Firmen Brüder Naglo, in deren Dienst er zur Zeit stand, auf dem Terrain der Ausstellung bestohlen, und als gleichzeitig Große einen Anteil an dem Betrage der Diebereien Werners von diesem erhalten hatte. Als damals Große nichts nicht nach Hause kam, erhielt er von seinem Bruder eine Tracht Prügel und mußte dann versprechen, sich nicht mehr mit Werner einzulassen. Letzterer sandte nun, um sich zu rächen, an die Mutter des Wilhelm Große eine Packetsahrtkarte, in der er die Frau unter einem erdichteten Namen aufforderte, doch endlich eine angeblich seit längerer Zeit bestehende pecuniäre Verbindlichkeit zu begleichen. Große hat sein Versprechen, nicht mehr mit Werner zusammenzukommen, eine Zeit lang gehalten, und es erst seit kurzem in einer so verhängnisvollen Weise gebrochen. Für das Wesen Großes ist es charakteristisch, daß nach der Aussage des Dr. Kubinstein sein Gesicht keine Spur eines auffälligen Ausdrucks zeigte und sein Auftreten nicht die geringste Unruhe verriet, als er unmittelbar nach dem Morde bei dem Arzt sprach, um sich verbinden zu lassen. Dr. Kubinstein hatte nicht im entferntesten den Eindruck, daß er es mit einem Menschen, dessen Gewissen nicht rein sei, zu thun hatte. So kam ihm der Vorgang erst dann wieder in Erinnerung, als er durch die Mitteilungen über die Mörder merkte,

dass die Wohnung Werners dieselbe wie die seines Patienten sei.

Nach den bisherigen Ermittlungen über das Vorleben Werners und Grosses sollte man eigentlich beides die That kaum zumutnen. Werner war stets ein ruhiger, den Spielkameraden gegenüber etwas zurückhaltender Knabe, der jedoch ganz gut lernte. Seinen Mitschülern gegenüber zeigte er sich häufig gefällig und half ihnen sowohl bei Lösung von Aufgaben, als auch durch Leihen von Büchern. Als kennzeichnend für Werner wird uns ein ganz bestimmter Vorgang angegeben. Ein Knabe, der mit einem Taschenmesser spielte, hatte sich in den Finger geschnitten und bat Werner, ihm ein Tuch um die Wunde zu legen, um die Blutung zu stillen. W., der damals dreizehn Jahre alt war, war hierzu bereit; als er jedoch den blutenden Finger sah, wurde er blass, drehte sich um mit der Erklärung, daß er Blut nicht sehen könne und verband den Finger nicht.

Wilhelm Große hatte in der Schule, ganz wie Werner, für Beiträge stets ein gutes Zeugnis erhalten. Er lernte schwer, war aber sehr fleißig; im übrigen galt er als ein sogenannter Duckmäuse. Auf der Straße wurde er häufig wild und ausgelassen, wenn er mit anderen Kindern zusammen war. Als Lehrling scheint er häufiger schlechten Umgang gehabt zu haben, jedenfalls hat er die Genüsse des Lebens seitig kennen gelernt, ohne daß seine Angehörigen hiervon eine Abneigung hatten. Noch vor einiger Zeit forderte der junge S. einen in dem Hause wohnenden Arbeitsgenossen auf, mit ihm Wein kneipen zu gehen, was jedoch von dem anderen nicht angenommen wurde. So viel ist sicher, daß Große in leichter Zeit viel mit jungen Burschen verkehrte, die arbeitschwer sich außerordentlich zahlreich in der Gegend der Georgenkirchstraße umherstreifen.

Aleine Mittheilungen.

Selbst hinübergeklettert. In Folge der vielsach herrschenden Sitz, die Stühle in der Kirche zu vermieten, kommt es nicht selten vor, daß manche Kirchenbesucher keinen Sitzplatz finden, während vielleicht noch eine Reihe Stühle leer ist, ja sogar verschlossen gehalten wird. Dies konnte ein schlaffer alter Domprediger nicht leiden. Eines Tages bemerkte er einen älteren Herrn neben einem Kirchenstuhl stehen, der sechs Sitzplätze enthielt, jedoch nur einen Herrn barg. Er unterbrach seine Predigt und wandte sich an den Letzteren mit den Worten: „Lieber Freund, öffne doch deinem Mitbruder die Thür!“ Dann predigte er weiter. Als seine Anrede jedoch erfolglos blieb, unterbrach er durch die gleiche Aufforderung noch einmal seine Predigt. Nicht geringe Heiterkeit erregte es aber, als der Angeredete sich beim dritten Mal erhob und verlegen entgegnete: „Ja, Herr Pastor, das kann ich nicht, ich bin ja auch herübergeklettert.“

* Bestrafte Höflichkeit. Aus London, 17. Okt., schreibt man den „M. N. N.“: In einem der Pferdebahnwagen, die von Highgate nach Moor-gatestreet laufen, spielte sich gestern früh eine kleine amüsante Scene ab. Der Wagen war ganz voll, als eine junge Dame, der kurze Haare und ein goldener Zwicker ein etwas gefährliches Aussehen gaben, aussprang. Ein junger Herr bot ihr seinen Sitz an und machte ein sehr erstautes Gesicht, als die junge Dame nicht nur sein Angebot ablehnte, sondern ihm mit lauter Stimme folgende Strafpredigt hielt: „Ganz gewiß nicht. Diese sogenannte Höflichkeit seitens der Männer ist nur die Vergoldung unserer Ketten. Sähen sie in uns ihresgleichen, so hören diese dummen Galanterien bald auf.“ Sprach's und blieb stehen. Die übrigen Passagiere lächelten vergnügt vor sich hin, und der höfliche junge Mann sah aus, als ob er für alle Seiten von seiner Höflichkeit kurirt wäre.

Petersburg, 17. Okt. Eine recht eigenhümliche Behandlung wurde einem russischen Postmarkensammler, der mit Postmarkenstäben reich beladen aus Deutschland in seine Heimat zurückkehrte, jüngst in dem Grenzorte Polangen zu Theil. Der dortige Director des russischen Zollamts mußte sich keinen Rath einem Menschen gegenüber, der zwei Koffer voll abgestempelter Marken aus aller Herren Länder mit sich führte, und wollte ansänglich die Marken einfach vernichten lassen. Das unterließ er allerdings schließlich doch, aber betreß des Bestchers dieser Marken schien ihm äußerste Vorsicht geboten, und so unterwarf er denselben einer genauen Leibesrevision und ließ ihn sogar Stiefel und Strümpfe ausziehen. Nach tagelangen vergeblichen Bemühungen, seine Marken über die Grenze mitnehmen zu dürfen, fuhr der Passagier nach Memel zurück und schickte von dort die Koffer nach Stettin, von wo sie mit einem Dampfer nach Libau befördert wurden. Hier passirten sie das Zollamt ohne die geringsten Weiterungen.

Danziger kirchliche Nachrichten

für den 25. Oktober.

St. Marien, 8 Uhr hr. Archidiakonus Dr. Weinlig. 10 Uhr Gottesdienst zur Gründung der Provinzial-Synode hr. Pfarrer Ebel aus Graudenz, 5 Uhr hr. Diakonus Brausewitz. Beichte Morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Mittags 12 Uhr Kinder-Gottesdienst in der St. Marien-Kirche hr. Confessorialrat Frisch. Donnerstag. Dorm. 9 Uhr. Wochengottesdienst hr. Prediger Riedes.

St. Johann. Dorm. 10 Uhr hr. Pastor Hoppe. Nachm. 2 Uhr hr. Prediger Auerhammer. Beichte Sonntag. Vormittag 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

St. Katharinen. Dorm. 10 Uhr hr. Pastor Östermeier. Beichte Morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Nachmittags 5 Uhr Feier des 70. Jahrestages des Danziger Missions-Vereins, Predigt hr. Superintendent Böhmer-Marienwerder. Bericht hr. Pred. F. J. Spindler.

St. Petri und Pauli. (Reformierte Gemeinde.) Dorm. 10 Uhr hr. Pfarrer Hoffmann.

St. Bartholomäi. Dorm. 10 Uhr hr. Pastor Stengel. Beichte um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Kinder-Gottesdienst um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr. Heilige Leichnam. Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr hr. Superior Boie. Die Beichte Morgens 9 Uhr.

St. Salvator. Vormittags 10 Uhr hr. Pfarrer Woith. Die Beichte Morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Sakristei. Mennonen-Kirche. Dorm. 10 Uhr hr. Prediger Mannhardt. Diakonissenhaus-Kirche. Vormittags 10 Uhr hr. Rohrbeck. Freitag. Nachm. 5 Uhr hr. Prediger Rohrbeck. Simmelfahrts-Kirche in Neufahrwasser. Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr hr. Pfarrer Hubert. Beichte 9 Uhr. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Kinder-Gottesdienst. Schulhaus in Langfuhr. 9 Uhr Militär-Gottesdienst. Beichte und Feier des hl. Abendmahlhs hr. Divisions-pfarrer Zechlin. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr hr. Pfarrer Luke. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Kinder-Gottesdienst. Simmelfahrts-Kirche in Neufahrwasser. Vormittags 9 Uhr hr. Pfarrer Albert. Beichte 9 Uhr. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Kinder-Gottesdienst. Schmidlin. Al. Kinder-Denkmal-Kirche. Vormittags 10 Uhr Gottesdienst hr. Pastor Voigt. Beichte 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Nachmittags 2 Uhr Kinder-Gottesdienst. Beizaus der Brüdergemeinde, Johannissasse 18. Sonntag und Montag fällt der Gottesdienst aus. Freitag, Abends 7 Uhr. Bibelfunde.

Heil. Geistkirche. (Evangel.-lutherische Gemeinde.) Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr und Nachmittags 2 Uhr hr. Pfarrer Witzmann. Freitag, Abends 7 Uhr, der dorfelbe.

Evang. - luth. Kirche Heiligegeistgasse 94. 10 Uhr Hauptgottesdienst hr. Prediger Duncker. Nachmittags 5 Uhr dorfelbe.

Missionscafé Paradiesgasse 33. Nachmittags 2 Uhr Sonnagschule, Abends 6 Uhr Vortrag mit Chorgesang. Montag, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung im Interesse der Mägdeschäfe. Dienstag und Donnerstag, Abends 8 Uhr. Vortrag. Freitag, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Bibelfunde für Junglinge.

Königliche Kapelle. 8 Uhr Frühmesse. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 4 Uhr Desperandacht und Marienverein.

St. Nicolai. Frühmesse 6 und 8 Uhr. Darauf polnische Predigt. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Hochamt und Predigt. Nachmittags 3 Uhr Desperandacht.

</div

